

HAMBURG/DEN 5. AUGUST 1921

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 72 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTFÜHRUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSÉE 5

FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VI. JAHRGANG

NR. 31

Englische Wiederaufbauprobleme II

Abbau des Preisniveaus und der Löhne



Für die Erhaltung von Englands Stellung in der Welt sind neben den politischen Momenten, die zum Teil in einem früheren Aufsatz behandelt wurden¹⁾, vor allem die wirtschaftlichen von ausschlaggebender Bedeutung, ja es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Englands sei die Voraussetzung für seine politischen Beziehungen. Es ist ein feiner Instinkt, der dem Sprachgebrauch innewohnt, daß England als Mutterland, Deutschland und Frankreich als Vaterland bezeichnet werden. Hier ist es das Vermögen, den Abhängigen Schutz zu verleihen, dort das Bestreben, sie mit den Bedürfnissen des Lebens zu versorgen, die die Nation und den einzelnen Bürger miteinander verknüpft. Aber die Fähigkeit, die staatsrechtlich und wirtschaftlich abhängigen Staaten zu versorgen, ist durch den Krieg erheblich zurückgegangen, vielmehr hat das Mutterland von seinen Kolonien und Dominions Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Und damit ist denn auch der englische Einfluß vermindert worden. Die wirtschaftliche Suprematie wiederzuerlangen, ist eine erste Aufgabe des Wiederaufbaues: Die Imperial Conference schafft die politischen Bündnisse, aber der wirtschaftliche Wiederaufbau der Industrie muß ihnen Lebenskraft verleihen. Nun ist an sich die Industrie unversehrt, aber unter den gegebenen Verhältnissen ist sie nicht exportfähig, weil ihr Preisniveau zu hoch ist. Das ist begründet einerseits in dem hohen Stand der englischen Valuta gegenüber den Alliierten und den früheren Feindstaaten, oder richtiger gesagt: in der Armut dieser Länder, die englische Ware nicht zu ertauschen vermögen; andererseits in der Schutzollpolitik der Kriegsgewinnländer. Die englische Industrie muß billiger und besser arbeiten als das Ausland, um die verarmten Märkte zu erschließen und die Schutzollmauern zu durchbrechen, sonst ist sie und England verloren. Daher hat der Preisabbau eine ganz überragende Bedeutung für die englische Volkswirtschaft. Infolgedessen werden auch in England die Maßnahmen zum Kampf gegen die Teuerung viel rücksichtsloser angewandt als bei uns.

Mit geradezu elementarer Hartnäckigkeit versteift die englische Regierung den Geldmarkt, um spekulativen Verwendungen von Geldern den Weg zu verbauen und die Händler zu hindern, Waren auf Kredit zurückerhalten.

Krampfhaft bemüht man sich, aus Ländern mit zusammengebrochener Valuta Rohstoffe und Nahrungsmittel zu erhalten,

und nur mit der äußersten Anstrengung vermag eine starke industrielle Gruppe unter Hinweis auf sich auftürmende Gewitterwolken im fernen Westen der kriegsnotwendigen Schlüsselindustrie einen verklausulierten Schutz zu ertrotzen.

Die „Profiteering Act“, das Gesetz gegen den Preiswucher, ist in diesem Zusammenhang nicht zu erwähnen. Es hatte weniger den Preisabbau als die Beruhigung der Bevölkerung zum Ziel: eine politische und volkpsychologische Gesetzgebung, keine wirtschaftliche.

Aber von ausschlaggebender Bedeutung für das ganze Vorgehen der Regierung ist der Abbau des Lohnniveaus. Mit großer politischer Klugheit und beispielloser Rücksichtslosigkeit geht man hier vor.

Schon seit geraumer Zeit hat ein stückweiser Abbau des Lohnniveaus begonnen. Während noch im Oktober, November und Dezember vorigen Jahres die „Labour Gazette“ Lohnzulagen im Betrage von: 118 000, 690 000 bzw. 285 000 £ in den wöchentlichen Löhnen für 780 000, 1 900 000 bzw. 115 000 vollbeschäftigte Arbeiter feststellte, hat sich, wie nachstehende Zusammenstellung zeigt, im laufenden Jahr das Bild wesentlich geändert:

Lohnveränderungen:

Monat	Lohnzulagen je Woche in £	Betroffene Personen	Lohnkürzungen je Woche in £	Betroffene Personen
Januar.....	54 000	700 000	168 000	1 450 000
Februar.....	8 700	70 000	450 000	1 550 000
März.....	2 900	11 000	60 000	350 000
April.....	2 700	118 000	270 000	1 147 000
Mai.....	55 000	235 000	400 000	1 335 000
Juni.....	?	14 000	420 000	1 044 000

Die Zahlen der „Labour Gazette“ sind nicht ganz zuverlässig, wie am einfachsten daraus hervorgeht, daß die Zusammenstellungen für den abgelaufenen Zeitraum seit Beginn des Jahres und die einzelnen Monatsangaben sehr beträchtliche Differenzen aufweisen. Daher ließ sich für den Monat Juni, wo offenbar durch ein Versehen die Zahl der Lohnerhöhungen nicht angegeben ist, auch an Hand der Gesamtzahlen nicht nachrechnen.

In den ersten Monaten dieses Jahres waren die Stapelindustrien vom Lohnabbau noch nicht betroffen.

Gleichzeitig mit dem Preisabbau wurde das Problem der industriellen Organisation aktuell. Dieses führte zum offenen Kampf im großen Kohlenstreik, wobei der Lohnabbau natürlich nicht aus dem Auge verloren wurde.

¹⁾ Vgl. „W.-D.“ Nr. 25 v. 24. 6. - 1.

Die Taktik, die die Regierung einschlug, um die Phalanx der Arbeiterschaft im geeigneten Moment zu fassen und zu zermalmern, wurde schon in Nr. 15 geschildert. Der Plan ist gelungen. Das Versagen des Dreiverbandes der Kohlen-, Transport- und Eisenbahnergewerkschaften zu Beginn des Kampfes war der erste Erfolg der Regierung in der Entscheidungsschlacht, die drei Monate gedauert hat. Welche Momente die Eisenbahner im letzten Augenblicke bestimmt haben, sich vom Kampf ganz zurückzuziehen, ist niemals klar geworden. Es steht nur soviel fest, daß sie durch ihren Beschluß England vor einer Katastrophe bewahrt haben, von der sie selbst nicht minder betroffen worden wären, wie die übrige Arbeiterschaft und die bürgerlichen Schichten. Vermutlich ist die Erkenntnis der Schwere der Gefahr der Grund für ihre Haltung gewesen. Aber der industrielle Dreiverband war damit erledigt, darüber dürften sie sich auch schon bei der Fassung des Beschlusses keinen Illusionen hingeben haben. Der zweite Sieg der Regierung war die Zurücknahme des Beschlusses der Kohlenarbeiter, die Notstandsarbeiten einzustellen. Dadurch hat der Streik seinen bedrohlichen Charakter verloren und man konnte nun abwarten, wem zuerst die Luft ausginge. Bei der industriellen Depression war das auf Seiten der Arbeitgeber kaum zu befürchten. Die Arbeiter haben solange ausgehalten, wie die Cooperative Wholesale Society, die anderen Konsumvereine und die Detaillisten ihnen Kredit gaben. Mit dem Augenblick aber, wo die Cooperative Wholesale Society und die anderen Kreditgeber nicht mehr zu borgen bereit waren, haben die Arbeiter kapitulieren müssen. Sie haben auf die Verstaatlichung verzichtet. Die Verstaatlichungsidee ist damit vorläufig tot. Sie haben auch auf die Vorbereitung zur Verstaatlichung verzichtet: auf die nationale Lohnregelung: dem vielumstrittenen Pool, und sie haben sich eine allgemeine Lohnherabsetzung gefallen lassen müssen, die für erwachsene männliche Arbeiter 2 s 6 d je Schicht beträgt.

Die Bedeutung dieses Streiks geht aber weit über den Rahmen der Kohlenindustrie hinaus: Er bedeutet einen Wendepunkt in der ganzen Entwicklung der englischen Gewerkschaftsfragen. Der Beweis ist erbracht, daß die Arbeiter als Klasse doch den Unternehmern, wenn es auf den Kampf ankommt, unterliegen, weil ihre Taktik zu unvollkommen ist, ihre Mittel zu gering sind. So findet denn der Lohnabbau bei allen großen Gewerkschaften kaum mehr Widerstand. Maschinenbauer, Spinnereien, Webereien haben teils ohne, teils nach kurzem Kampf Lohnherabsetzungen durchgeführt.

Ein eigentümliches Ergebnis des Kampfes ist es, daß die Gewerkschaftsbewegung offenbar auf lange Zeit hinaus der City verschuldet sein dürfte, wenn auch durch Vermittlung der Cooperative Wholesale Society. Das schwächt sie noch mehr.

Somit ist vorerst für England der Kapitalismus gerettet. Es ist aber nicht der Kapitalismus der Vorkriegszeit. Er ist modifiziert. Auch im Kohlenbergbau. Es ist nicht die Gewinnbeteiligung, die den Unterschied macht, auch nicht die 10 000 000 £ Regierungssubvention für die Zeit bis zur vollen Inangasetzung der Werke. Bedeutsamer ist die Bildung paritätischer Ausschüsse für die Neuregelung der Arbeitsverhältnisse. Aber das Wichtigste ist der Geist, in dem der Krieg geführt und vor allem der Friede geschlossen wurde. Abgesehen von den ersten Tagen des Kampfes haben die Arbeiter eine ganz erstaunliche Disziplin an den Tag gelegt. Und dieser geradezu beispiellosen Zucht und Führung entspricht es, daß es selbstverständlich ist, daß paritätische Stellen die zukünftigen Verhältnisse des Kohlenbergbaus regeln. Der Arbeiter ist seit dem Krieg nicht mehr, was er vorher war: ein Teil der Maschine. Er ist zu einem mitbestimmenden Faktor geworden. Seinen prägnantesten Ausdruck findet diese Richtung in der Organisation der Industrieverfassung: dem Whitleyismus. In einer oder der anderen Form besitzt jetzt fast die gesamte Industrie Englands Whitleyräte (d. s. paritätische Betriebsräte mit großen Vollmachten).

Das große Problem, das die Zukunft lösen wird, lautet nun: War der Sieg der Arbeitgeber im Kohlenbergbau ein derartiger, daß sie künftig ohne die Whitleyräte, deren Bestreben auf beiderseitigem Wollen, nicht auf gesetzlicher Bindung beruht, auszukommen vermögen? Der Geist, in dem der Friede im Kohlenbergbau geschlossen ist, spricht dagegen; auch das wohlverstandene Interesse der Industrie, denn die Zeiten angeregter Konjunktur kommen wieder, in denen ein Streik eine gefährlichere Waffe ist als heute. Das Unternehmertum kann dann nicht erwarten, daß die Arbeiter sich auf Kompromisse einlassen und die Streitfragen wieder verschleppen, bis die Konjunktur abflaut. Die Arbeiter haben aus dem Streik mehr gelernt, als nur, daß der Sozialismus verfrüht sei. Sie wissen heute auch, wie sie und wann sie das nächste Mal schlagen müssen, wenn sie Erfolg haben wollen. Und sie werden mit diesem Schlag zweifellos erfolgreicher sein als diesmal, wenn das Unternehmertum sich heute freilos erweist.

Dr. Th. Plaut

Steuerquelle und Wirtschaftsform III

Wer sich bemüht, als sogenannter „Theoretiker“ den schlitternden Denkgewohnheiten des Alltags auszuweichen und ein wirtschaftliches Problem auf seinen Wesenskern zu prüfen, steht gewöhnlich vor folgendem Dilemma: Begnügt er sich mit der Aufstellung allgemeiner Grundsätze, so wird ihm mangelnde Greifbarkeit seiner „abstrakten Hirngespinnste“ vorgeworfen. Steigt er aber mutig in das grüngoldene Gezweig des Lebensbaumes, so muß er sich mit dem Bemerkten abschütteln lassen, daß er zwar ein achtbarer Theoretiker sein möge, jedoch von Fragen des „pulsierenden Lebens“ eigentlich nichts verstehe.

Wir gestehen nun gern, daß wir trotz aller Bedenken zeigen möchten, welche Wirtschaftsgebiete kraft der in ihnen bereits enthaltenen „Organisation“ einen geeigneten Boden für die Errichtung von Steuergemeinschaften bilden, wenn es nicht für

solche Darlegungen durchaus an den nötigen, allgemein zugänglichen Unterlagen fehlte. Weder besteht eine gute Produktionsstatistik, noch eine Statistik der gewerblichen Betriebe, noch eine Statistik der wirtschaftlichen Verbände. Auch fehlt uns jene Art von Enquêtes nach englischem Muster, die aus der empirischen Form des Gesprächs heraus großartige Tatsachenbilder wirtschaftlicher Zustände und Arbeitsformen erwachsen lassen. Es können daher wirklich nur allgemeine, formale Bedingungen für die künftige Steuergesetzgebung aufgestellt werden, mit der Erwartung, daß der Reichswirtschaftsrat und der Reichstag es für ihre Pflicht halten werden, die Fragen durch ernsthafte Einzeluntersuchung wirklich aufzuhellen.

In der letzten Juliwoche sind von zwei Seiten Erklärungen zum Steuer- und Reparationsproblem abgegeben worden, die hier nicht unbeachtet gelassen werden dürfen. Die Soziali-

sierungskommission hat sich — allerdings nicht ohne Widerspruch einiger ihrer Mitglieder — dahin geäußert, daß das Reparationsproblem nicht ohne Steigerung und Rationalisierung der Produktion, nicht ohne unmittelbare Anteilnahme des Reiches an den Erträgen in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken, gelöst werden könne. Das Reich müsse sich in den Besitz gewisser Substanzwerte setzen, zugleich durch planmäßige Regulierung der Überfremdung und der Gefahr regellosen Ausverkaufs des Volksvermögens vorbeugen. Und ganz ähnlich lautete eine am 28. 7. im „Vorwärts“ enthaltene offiziöse Erklärung der Mehrheitssozialisten: „Die sozialdemokratische Partei verlangt, daß wir aus dem fehlerhaften Kreislaufe: Neue Steuern, neue Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, neue Lasten, die zuletzt sämtlich der Konsument zu tragen hat, herauskommen. Das ist nur dadurch möglich, daß ernsthaft an die Verdienstquellen, an die Vermögensgrundlagen und an die Goldwerte herangegangen wird.“

Das Gemeinsame beider Erklärungen besteht darin, daß sie den bisherigen Mechanismus der Steueraufbringung für unfähig halten, den Wechsel von Preissteigerung und neuer Steuererhöhung aufzuhalten, daß sie den Staat zum Kommanditisten der wirtschaftlichen Unternehmungen machen wollen.

Unser Vorschlag demgegenüber lautet nun nicht etwa, diesen Forderungen in der Form von Steuergemeinschaften zu entsprechen, die das gesamte Gebiet der Volkswirtschaft lückenlos zu überdecken hätten (Bernhard), sondern einzelne große Produktionszweige, deren Organisation sie hierzu reif macht, mit dem Recht der Steueraufbringung zu beehren. Selbstverständlich müssen hierdurch auf der einen Seite Dinge erfaßt werden, die zum täglichen Bedarf jedes Volksgenossen gehören, da sonst, weil wir gerade die Abwälzbarkeit der Steuerleistung durch regellose Preiserhöhung unterbinden wollen, die Hersteller bestimmter Erzeugnisse unter einer Art von steuerrechtlichem Ausnahmezustand lebten. Auf der anderen Seite könnten aber auch wirkliche Luxusfabrikationen dieser Steuerform unterworfen werden, und zwar diese mit dem Recht völlig freier Überwälzung.

Der Idealfall, der zunächst einmal konstruiert sei, wäre etwa folgender: Das Gesamtkartell der Zementfabriken Deutschlands beantragt bei der Reichsregierung Befreiung von Einkommen- und Körperschaftssteuer gegen eine Abgeltungssumme von x Millionen M im Jahr, unter Übertragung des Rechtes an das Kartell, „das einzige seiner Art“ sein zu dürfen. Die Regierung stimmt, nach sehr eingehender Prüfung durch Ministerien, gesetzgebende und sachverständig-beratende Körperschaften, dem Antrage zu, indem sie ein Sperrgesetz gegen die Errichtung neuer Zementfabriken erläßt und gleichzeitig dem Kartell eine quotenmäßige Aufteilung der (kontingentierten oder nicht kontingentierten) Gesamtzeugung an die Mitglieder vorschreibt. Außerdem verlangt sie, daß im Interesse der Reparation und der Durchführung einer gesunden Baupolitik, jährlich y Tonnen Zement zu einem entweder fest oder als Funktion dritter Größen bestimmten Preise zur Verfügung gestellt werden. Jedes über diesen Minimalbedarf hinaus hergestellte Quantum darf ohne jede Beschränkung irgendwelcher Art, außer dem für ein Monopol im Inlandsverkehr selbstverständlichen Kontrahierungszwang, zu beliebigen Preisen im Inland oder Ausland verkauft werden. Ferner muß das Kartell sich zur Einhaltung einer bestimmten minimalen Lohn- und Gehaltshöhe verpflichten.

Ist die Steuergemeinschaft in der Lage, das Minimalbedarfsquantum zu einem geringeren, als dem ihr zugestandenem Lieferungspreis abzugeben, so ermäßigt sich gemäß einer vorher festzulegenden Skala der Betrag ihrer Steuerabgeltung an den Staat. Hier würde also das für die Technik

der Steuergemeinschaft entscheidend wichtige Kestner'sche Prinzip eingreifen, das seine erste gesetzgeberische Ausgestaltung in dem Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Leuchtöl (Reichstagsdrucksachen Bd. 300. 1912, Nr. 544) gefunden hatte. In § 4, Ziffer 4 war der Konsumentenpreis mit der Abgabe an das Reich so verkoppelt, daß jede Preisermäßigung den Gesellschaftsgewinn erhöhen mußte.¹⁾ Damit wird der übliche Gang der Abwälzung radikal umgekehrt und von der bequemen Erhöhung der Preise auf die Rationalisierung der Produktions- und Absatztechnik verwiesen.

Alle bisherige Steuerpolitik und auch das vorläufige Programm des Reichskanzlers Wirth führt nicht nur mechanisch zu einer allgemeinen Abwälzung auf den Konsumenten, und damit zu der auch in den Personen- und Güterbedarf des Reiches zerstörend zurückflutenden Preiserhöhungswelle, sondern es kommt hinzu, daß auch jede Steuer vom Vermögen geradezu eine Prämie auf Steigerung des Gesamt-Preisniveaus setzt. Das hängt mit folgenden Tatsachen zusammen.

Zwischen dem „Stichtag“ einer Vermögenssteuer und der Einziehung des Steuerbetrages müssen auch dann, wenn die Finanzverwaltung sich in ihre Aufgaben erst besser eingearbeitet haben sollte, so lange Zeiträume liegen, daß immer für weite Kreise der Anreiz bestehen bleiben wird, durch Geschäfte mit hoher Gewinnmarge das Einkommen so zu steigern, daß erstens ein Teil der Steuer tatsächlich aus diesem und nicht aus dem Vermögen bezahlt werden kann, zweitens aber auch das Vermögen am Zahltage der Steuer schon wieder einen Betrag erreicht hat, der die Steuerquote von z. B. 40 % des Vermögens auf 12—15 % herunterdrückt. Vielleicht wird hier der Einwand erhoben, daß der beklagenswerte Vermögensbesitzer sich nur reicher wähnte; tatsächlich sei er durch die zwischen Stich- und Zahltag eingetretene „Geldentwertung“ nicht reicher als zuvor. Dies wäre nur richtig, wenn es die sogenannte Geldentwertung überhaupt gäbe, das heißt, wenn sich die gesamten Preise und Einkommensverhältnisse absolut gleichartig und gleichzeitig veränderten. Da dies aber keineswegs geschieht, zum mindestens aber alle auf Lohn oder Gehalt angestellten Personen ihr Einkommen bei aufsteigenden Preisen nur sehr langsam vergrößern, überdies aber der Staat bei Einziehung einer auf den 31. 12. 1919 berechneten Steuer nicht am 1. 4. 1921 einen Teuerungszuschlag berechnet, so hat sich tatsächlich die Machtposition des Steuerpflichtigen im Netz der wirtschaftlichen Beziehungen von Kauf und Verkauf und gegenüber dem Fiskus ganz erheblich verstärkt.

Diese Wirkungen, eine Prämie auf Preissteigerung und Inflation darzustellen, müssen unaufhaltsam auch dann wieder eintreten, wenn gemäß Wirths vorläufigem Programm das Reichsnotopfer durch wiederholte Neuveranlagung „veredelt“, und außerdem die Besteuerung des Vermögenszuwachses beschlossen werden sollte. In dem immer wieder neu einsetzenden Wettlauf zwischen Fiskus und Wirtschaft müßte der Staat hoffnungslos unterliegen. Denn alle Vermögensgesetze enthalten noch eine zweite Prämie auf Teuerung und Inflation: die Bewertungs vorschriften.

Die Einsetzung von Vermögensobjekten in Steuererklärungen soll in der Regel nach dem „gemeinen Wert“ erfolgen. Die Reichsabgabenordnung vom 13. 12. 19 definiert in § 138:

„Der gemeine Wert wird durch den Preis bestimmt, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehre nach der Beschaffenheit des Gegenstandes unter Berücksichtigung

¹⁾ Für die rechnerische Durchbildung des Prinzips vergleiche: Willi Möller, Die automatische Kontrolle der Preispolitik staatlicher Monopolgesellschaften, in: „Schmollers Jahrbuch“ Bd. 37, 1913, S. 221—282. Ferner Kurt Singers Formel für das prinzipielle Verhältnis von Absatzmenge und Preisbildung, in: Kriegswirtschaftliche Berichte aus dem Seminar für Nationalökonomie und Kolonialpolitik, Hamburg, Erste Folge, IV, 1. 1917, S. 22.

aller den Preis beeinflussenden Umstände bei einer Veräußerung zu erzielen wäre; ungewöhnliche oder lediglich persönliche Verhältnisse sind nicht zu berücksichtigen.“

Die Auffassung des Gesetzgebers geht nun dahin, daß die durch Krieg und Kriegswirkungen geschaffenen Verhältnisse als ungewöhnliche zu bezeichnen seien, so daß vom gegenwärtigen Preisniveau auf das der Friedenszeit, erhöht etwa um einen Zuschlag, der der Preisbewegung in Goldwährungsländern entspreche, zurückgegangen werden müsse. An dieser Stelle schiebt sich somit abermals das Interesse des vermögenden Steuerzahlers an einer Steigerung des Preisniveaus nach jedem großen Steuerstichtag ein. Die Sachlage ist aber dadurch noch verwickelter geworden, daß diese lex generalis durch die zahlreichen Bewertungsvorschriften der Spezialgesetze teils ergänzt, teils durchbrochen, teils ins Gegenteil verkehrt wird, so daß hier ein Labyrinth von Paragraphen geschaffen wurde, das durchweg zuungunsten des Fiskus wirkt.²⁾

Aber das ist noch keineswegs alles. Inzwischen ist der erwähnte Zwiespalt zwischen gegenwärtigem Preis und „gemeinem Wert“ erneut verschärft worden durch die §§ 33a und 59a der an sich notwendigen Novelle zum Einkommensteuergesetz vom 24. 3. 21 (R.-G.-Bl. S. 313), durch welche sich der nachprüfende Steuerbeamte in den ganzen Wust der Streitfragen hineingezogen sieht, die um die Begriffe „Bilanztechnik bei schwankender Währung“ (Mahlberg), „organische Bilanz“ (Schmidt), „dynamische Bilanz“ (Schmalenbach), Werkerhaltungskonto (Pauly), Wertberichtigungskonto, Erneuerungsfonds usw. toben. Hier stehen wir nun in der Tat an den Pforten gräßlichsten Aberglaubens und vollkommenster Begriffsverwirrung. Goldmystik paart sich mit scholastischem Glauben an den „gerechten Preis“, naturalwirtschaftliche Warenbewertungsskalen erzeugen schauerliche Wechselbälge mit halbphilosophischen Wirtschaftstheorien, Juristen, Volkswirte und Privatwirtschaftler, Kaufleute, Industrielle und Bankiers belasten eine gemeinsame Terminologie mit so viel verschiedenartigen Bedeutungen, daß die Durchführung einer Aufklärungsarbeit zum dringendsten Gebot der Wirtschafts- und Steuerpolitik wird.³⁾

Wir kehren zurück zur Steuergemeinschaft. Im zweiten Aufsatz forderten wir, daß zwischen Fiskus und Steuerzahler akkordiert werde in Form eines Kollektivvertrages zwischen Staat und Wirtschaftsgruppe. Damit wird kein neuer Zustand herbeigeführt, sondern nur eine sachlich und moralisch unhaltbare Situation bereinigt. Im günstigsten Falle muß der Finanzbeamte schon heute mit dem Steuerzahler akkordieren; in der Mehrzahl der Fälle wird er aber leider sogar kapitulieren, weil es für ihn völlig unmöglich ist, den Gesetzesbestimmungen Geltung zu verschaffen, denen zum Teil schon mit Rücksicht auf ihre praktische Undurchführbarkeit die theoretisch „erdrosselnde“ Wirkung mitgegeben worden ist.

Auch unter dem Gesichtspunkt, daß sich Grundsätze vernünftiger Bilanzierung nur gesondert für jeden Geschäftszweig und für jede Unternehmungsform aufstellen lassen, erscheint es unerlässlich, daß der Staat überall dort, wo Bereitschaft besteht, die Aufgaben der Steuererhebung abbürdet auf die Wirtschaft selbst. Denn die unzulängliche Durchführung seiner eigenen Gesetzgebung ist nicht nur generell eine Erschütterung der

Autorität des Staates, sondern belastet ihn auch noch mit dem Vorwurf, daß nur der Bezieher von Lohn oder Gehalt, nur der Besitzer von reinem Geldvermögen, „gerechtem“ Steuervollzug unterworfen wird.

Wir denken nun, daß die verantwortungsbewußten Organisationen der deutschen Industrie sich bereit erklären werden, das Problem der Steuerdelegation etwa für die folgenden Gebiete einer Durchprüfung nach dem weiter oben dargelegten Schema zu unterziehen:

Textilindustrie, unter dem Gesichtspunkt der Deckung des notwendigsten Kleidungsbedarfes für die minderbemittelte Bevölkerung; ebenso (Schuhwarenindustrie, Mühlengewerbe, Zuckerindustrie, Seifenindustrie, Margarineindustrie, chemische Industrie, Düngemittelindustrie, Papierindustrie unter Berücksichtigung des Umstandes, daß hier schon eine weitgehende Zusammenfassung unter erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt ist.

Planwirtschaftlich sind diese Vorschläge zunächst nur insoweit gedacht, als die Selbstorganisation der betreffenden Wirtschaftszweige schon Notwendigkeit und Möglichkeit des „Planens“ bewiesen hat. Daß darüber hinausgehend eine gewisse Umstellung aller Sachgüterproduktion auf Dinge des wahrhaften Bedarfs notwendig ist, wird von keiner Wirtschaftsgruppe, keiner politischen Partei bestritten.

Wenn dabei auch reine Bedarfsdeckungswirtschaft für ein wieder mitten in der werdenden Weltwirtschaft stehendes Volk unmöglich ist, so ist doch auf Jahre hinaus Pflicht des Staates, für die preiswerte Deckung eines Mindestbedarfs an Nahrung und Kleidung zu sorgen, solange noch so bittere Not besteht, daß sogar ausländisches Hilfswerk an unserer Jugend noch nicht entbehrt werden kann. Bei diesen Aufgaben wird auch der Konsumvereinsbewegung und den ihr angeähnelten Geschäftsformen wachsende Bedeutung als Verteiler preisgebundener Waren zukommen.

In diesen Erörterungen wurde wiederholt von der Pflicht des Staates ausgegangen, die Beamtenzahl einzuschränken, zumal er seinen Bedarf nur noch bei rasch sinkenden Ansprüchen an die Qualität decken könne. Die gleiche Mahnung muß aber auch an die Organisationen des Wirtschaftslebens selbst gerichtet werden. Vielleicht können auch hierbei die Steuergemeinschaften helfen. Denn wenn der Reinverdienst nicht mehr aus Furcht vor der Aufweisung übergroßer Gewinne in faux frais aller Art versteckt zu werden braucht, wird sich vermutlich auch die Industrie überlegen, ob nicht zwischen Königsberg und Konstanz, Wesel und Myslowitz, etliche Verbandsbeamte zuviel mit ihren Aktenmappen hin und herreisen.⁴⁾

Die Ausführungen dieser Aufsätze sind sich bewußt, daß sie nicht die einzige, sondern nur eine der notwendigen Lösungen des Steuerproblems enthalten. Es ist beabsichtigt, sie in theoretischer und praktischer Hinsicht zu ergänzen, sobald die Steuernovellen der Regierung vorliegen, sowie das Protokoll über die Finanzuntersuchungen der Sozialisierungskommission. Dann wird auch Anlaß sein, weitere technische Einzelheiten zu erörtern, deren Darlegung ohne Nutzen wäre, wenn die Einsicht der Wirtschaft nicht zu der Erkenntnis reicht, daß neue Formen der Besteuerung gesucht werden müssen, und zwar auch dann, wenn man törichterweise die Reparationsaufgabe für eine Verpflichtung zweiten Ranges halten sollte.

Eduard Rosenbaum

²⁾ Vgl. hierzu die ausgezeichnet klare Schrift von Bühler, Der Steuerfeldzug gegen die Kriegsgewinner. Berlin 1921, insbesondere S. 32 ff.

³⁾ Man lese nach, was Wassermann-München, Dr. iur. et phil. et oec. publ. über den Zusammenhang von § 33a der Einkommensteuernovelle mit § 40, Abs. 1 des H. G. B. schreibt. Eine krassere Verwechslung von Geldbetrag und nominaler Wertseinheit ist kaum denkbar. (Zeiler, Wassermann, Mayer, Die Geldentwertung als Kredit-, Kalkulations- und Besteuerungsproblem, München 1921, S. 32.)

⁴⁾ Vgl. die Ausführungen von Carl Menck-Altona über „Die hohen Generalunkosten“ in: „Die Konjunktur“, Heft 39/40, 7. 7. 1921.

Rußland

Die Hungersnot und die internationale Hilfsaktion

Die Sowjetregierung ist bemüht, die Rußland bedrohende Katastrophe einer ungeheuren Hungersnot als eine Art von unerwartetem Elementarereignis, als unvorhersehbares Schrecken darzustellen. Jäh überrascht und plötzlich wie von Mitleid gepackt appelliert die Regierung an alle Kreise der russischen Gesellschaft, an die Regierungen des Auslandes und das Gewissen der Kulturwelt. Dieselbe Regierung, die drei Jahre lang durch verfehlte Maßnahmen systematisch eine Reihe der Hauptursachen der jetzigen Katastrophe hervorgerufen hat, die gleichen Leute, die vor einem halben Jahr bereits Ernteübersichten veröffentlichten, aus denen unwiderleglich klar hervorging, wie schwer gefährdet die Versorgung der Bevölkerung ist, — und die dennoch nichts unternahmen, um das drohende Unheil abzuwenden, die noch vor drei Monaten prinzipienblind erklärten, sie kauften nur Maschinen, Lokomotiven und Produktionsmittel, nicht aber Lebensmittel — dieselben Leute erklären heute, die Hungersnot könne und würde sie zu keinerlei „politischen Schlußfolgerungen“ veranlassen. Auf der ersten Sitzung des allrussischen Komitees zur Bekämpfung der Hungersnot, an der zum ersten Male seit drei Jahren Vertreter des Bürgertums und der öffentlichen Meinung sich zur Zusammenarbeit mit den Sowjetkommissaren vereinigten, erklärte Kamenew, man solle sich nur keinen Illusionen hingeben. „Wir haben die Diktatur des Proletariats geschaffen. Dies bestimmt den Charakter aller Garantien, die die Regierung zu geben vermag.“ Sachlich würde man dem Komitee freie Hand lassen und seine Tätigkeit in jeder Hinsicht fördern, — jedoch müsse dieselbe unbedingt und in jeder Beziehung unpolitisch sein usw. („Gol. Rossii“ Nr. 725 v. 2. 8.). Kamenew betonte die Notwendigkeit, unter den Bedingungen des Bürgerkrieges drei Jahre lang regiert zu haben und bewies, daß kein Grund vorliege, die Sachlage in Rußland anders als bisher zu beurteilen.

Es erscheint mir unbedingt erforderlich, auf diese Tatsache und auf die rigorose Haltung der russischen Regierung in dieser schicksalsschwersten Stunde des russischen Volkes hinzuweisen. Die Hauptursachen der Hungersnot sind eine Folge politischer Fehler und tragischer Unterlassungen des Sowjetismus: die Bevölkerung hat jedes Vertrauen zur Regierung verloren, alle geistigen Kräfte und Energien sind geknebelt und gebunden. Jedes Hilfswerk, das in den offiziellen Organisationsapparat dieser Regierung hineinmündet, das amtlich aufgefangen und amtlich weitergeleitet werden soll, verfehlt, nach allen bisher gemachten Erfahrungen, seinen Zweck. Die Organisationsmethoden des Sowjetismus haben sich bisher immer noch und ausnahmslos als vollständig verfehlt erwiesen. Der Raum gestattet an dieser Stelle keine ausführliche Aufzählung: es genügt aber wohl, darauf hinzuweisen, daß auch seit dem Übergang zum neuen Kurs des Staatskapitalismus Lenins de facto nichts Ersprößliches geleistet worden ist. Die Elektrifizierung, eine Zeitlang Lieblingsthema Lenins, ist ein Phantom geblieben, die Konzessionen sind über Verhandlungen und Projekte nicht hinausgekommen, weil die Regierung unmögliche Bedingungen stellte und doktrinär an ihren sog. Rechten und Vorstellungen festhielt usw. Zurzeit ist von Lenins realen Einsichten überhaupt nicht mehr die Rede, — die Richtung Trotzki dominiert statt dessen und organisiert mit Gewaltmitteln, diktatorischen Vollmachten, militärischen Absperrungen Rußland in Grund und Boden. Wer Rußland und die Russen kennt, wer auch nur die geringste

Anschauung vom Kampf gegen die Hungersnot früherer Jahre hat, weiß hingegen, was der aufopferungsfähige Wille der russischen Gesellschaft vermag, wie leidenschaftlich-energisch sich der hilfsbereite Enthusiasmus dieser Nation zu betätigen vermag. Durch Bevormundung, Befehle und Aufrufe, durch Methoden einer Obrigkeit erreichte man von jeher in Rußland kein Zehntel von dem, was die solidarische Kraft der russischen Nächstenliebe, diese stärkste Energie des Russentums, vermag.

Es handelt sich nicht um den Kampf gegen den Bolschewismus; nicht um den Sturz einer Regierung, die dieses Unheil heraufbeschwor, es kommen sah (siehe z. B. die Angaben über die russischen Ernteaussichten „W.-D.“ Nr. 9) und dennoch nichts dagegen unternahm — sondern einzig und allein darum, daß nun endlich in allerletzter Stunde das geschieht, was einzig und allein Rettung bringen könnte. Der Weg, den z. B. die amerikanische Hilfsaktion einzuschlagen beabsichtigt, selbständig eigene Organisationen an verschiedenen Orten Rußlands zu schaffen und unabhängig vom offiziellen Apparat tätig zu sein, erscheint daher als der gebotene. Eine Zuziehung der ehemaligen Semstwoorgane, der Genossenschaften und landwirtschaftlichen Konsumgesellschaften usw. wäre ebenso zu empfehlen, wie die Schaffung direkter Beziehungen zu allen Vertretern örtlicher Selbstverwaltung — d. h. wo diese überhaupt noch vorhanden ist, z. B. in den so schwer bedrohten deutschen Kolonien usw. Die Sowjetregierung hat genug damit zu tun, die Scharen von Nutznießern ihrer Herrschaft, die Beamten, Parteileute und Roten Heere zu versorgen; für die Kommissare kommen diese Elemente, die doch bisher auf Kosten des hungernden Bürgertums und aller Nichtkommunisten durch vergrößerte „Pajoks“ (Brotkarten usw.) ernährt wurden, natürlich in erster Linie in Frage. Obgleich gerade diese Elemente — vielleicht mit Ausnahme der in Petersburg lebenden — relativ am wenigsten gefährdet sind. Zu den Bauern besitzt die Regierung nach wie vor keinerlei direkte Beziehungen, — es ist also auch nicht wahrscheinlich und nicht übersehbar, wie sie diesen im Hungergebiet (Samara, Saratow, Zarizyn, Dongebiet, Astrachan, Kubangebiet, Simbirsk, Pensa, Kasan, Ufa, Wjatka und Perm) helfen will. Dies können m. E. nur die genannten Organisationen, das Bürgertum und ausländische Hilfsorganisationen.

Natürlich kann die Hilfe des Auslandes Rußland keine Regierungsänderung vorschlagen und hat sich daher jeder Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse zu enthalten. Was aber möglich ist, ist eben die Schaffung eigener Organisationen nach dem Vorschlag Hoovers, etwa entsprechend den Ideen des gewiß nicht antikommunistischen M. Hardens. Der Herausgeber der „Zukunft“ weist ganz richtig darauf hin, daß Rußland jetzt sofort nicht nur der Waren, Rohstoffe und Lebensmittel, sondern auch der Menschen bedarf, die dieselben aus Ost-, Süd- und Nordeuropa, aus Asien, Wladivostok und Korea nach Rußland hineingeleiten, dort die Bedingungen des Transportes schaffen (wie man im Weltkriege in kürzester Zeit Straßen baute und Wunderwerke der Technik vollbrachte) und die Verteilung einrichten. „Aus Strategen, Verkehrstechnikern, Industriekapitänen, Bankmännern, Ingenieuren, Kaufleuten wird ein Generalstab. Er entwirft die Marschkarten, den Bau- und Wirtschaftsplan, das System der

Abrechnung und langfristiger Kreditgewährung.“ Harden betont dabei als Grundsatz: Nur die Menschenarbeit ist Geschenk, alles andere wird bezahlt. Ich glaube nicht, daß dieser Plan unausführbar wäre. Die Anzahl z. B. derjenigen deutschen Firmen, die an Handelsbeziehungen mit Rußland interessiert sind, ist sehr groß, und Waren gäbe es genug, die nach Regelung der Kreditfrage in kürzester Zeit zur Versendung gelangen könnten. Verhandlungen eines großen Konsortiums von Exporteuren, Unternehmern und Banken mit der russischen Regierung, sollten so bald als angängig einge-

leitet werden. Rußland besitzt so ungeheure Naturschätze, daß eine Kreditgewährung nicht unbedingt ein Risiko zu sein braucht. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg — nur ist Eile vonnöten. Wer heute dem russischen Volke zur Hilfe kommt, rettet Millionen von Menschen vor dem sicheren Tode und tut ein Werk, das zwangsläufig, bei richtiger Organisation schon bald seine Früchte tragen würde. Denn nicht „Wohltätigkeit“ sondern sachliche Arbeit, Hilfe, die Notstandsarbeit ist, und der Zukunft neue Grundlagen der Arbeit schafft, ist vonnöten.

Dr. Hans von Eckardt

Finnland

Ausfuhrergebnisse — Einfuhr aus Deutschland — Zahlungsbilanz und Wechselkurs — Bankbilanzen und Börse — Eröffnung des Handels mit Rußland

Wie es bei der ungünstigen Lage der Absatzmärkte für Finnland zu erwarten war, ist die Ausfuhr im Mai und Juni hinter der entsprechenden Vorjahrsausfuhr beträchtlich zurückgeblieben (in Mill. F.M.):

	Mai	Juni	1. Halbjahr
1921.....	138,9	247,5	715,6
1920.....	197,5	290,8	786,8
Abnahme.	58,6	43,3	71,2

Zum Teil ist der Rückgang der Ausfuhrwerte einem Fallen der Preise zuzuschreiben; der Ausfuhrindex (1913 = 100) sank von 1626 im Januar von Monat zu Monat auf 1373 im Mai. Das Überangebot auf dem Holzmarkt hat sich noch verschärft. Während Schweden infolge des hohen Standes seiner Valuta noch unglücklicher dasteht als Finnland, macht sich eine starke Konkurrenz aus Deutschland, Polen und den russischen Randstaaten geltend. Die Verlängerung der Mindestpreisvereinbarung zwischen den finnländischen und schwedischen Organisationen hat sich zerschlagen. In vielen Fällen konnten die bisherigen fob-Mindestpreise bei dem Sinken der cif-Preise der Einfuhrländer trotz des Rückganges der Frachtraten nicht mehr erzielt werden. Ähnlich liegen die Verhältnisse auf den Holzmassenmärkten und auf den Papiermärkten. Die Rückwirkung dieser Verhältnisse äußert sich in zahlreichen Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen, die zum Teil, wie bei der A. B. Kemi, einen für finnländische Verhältnisse riesigen Umfang erreichten. Zugenommen hat nur die Butterausfuhr, aber auf Kosten des einheimischen Verbrauchs:

Butterausfuhr	Januar	Februar	März	April	Mai
Drittel (51 kg)	2 295	286	1 172	8 207	12 745

Unter den Hauptabnehmern der finnländischen Ausfuhr in den ersten fünf Monaten des Jahres stand an erster Stelle England mit 188,8, dann folgen Schweden mit 61,6, Deutschland mit 57,9 und die Vereinigten Staaten mit 55,7 Mill. F.M.

Während die Ausfuhr zurückgeht, nimmt die Einfuhr zu, trotz des aus dem Fallen des Einfuhrindex (1913 = 100) von 1475 im Januar auf 1251 im Mai sich ergebenden Preisrückganges (in Mill. F.M.):

	Mai	Juni	1. Halbjahr
1921.....	340,4	334,0	1607,5
1920.....	205,0	292,9	1492,8
Zunahme.	135,4	41,1	114,7

Von der Gesamteinfuhr der ersten fünf Monate im Betrage von 1273,5 Mill. F.M. kamen aus Deutschland 353,3, aus England 324,8, aus den Vereinigten Staaten 152,0, aus Schweden 145,6 und aus Dänemark 112,9 Mill. F.M. Deutschland hat somit seinen stärksten Konkurrenten, Eng-

land, geschlagen und nimmt mit ca. $\frac{1}{4}$ der Gesamteinfuhr die erste Stelle ein. Über die Art der Wareneinfuhr Deutschlands nach Finnland, die zum größeren Teil über Lübeck, zum geringeren über Stettin und Hamburg geht, gibt die folgende Statistik interessante Aufschlüsse:

Jan./April 1921	Einfuhr aus Deutschland in 1000 F.M.	% der Gesamteinfuhr	Jan./April 1921	Einfuhr aus Deutschland in 1000 F.M.	% der Gesamteinfuhr
Mehl u. Mühl'prod.	17 103	13,4	Häute, Felle, Lederwaren.....	5 475	32,0
Viehfutter u. Samen	4 193	34,2	Metallen u. Metallw.	74 773	62,0
Früchte, Gemüse, Gewächse usw..	3 336	24,9	Maschin. u. Appar.	50 439	54,2
Kolonialwaren und Gewürze.....	25 310	10,4	Transportmittel..	5 141	26,9
Webstoffe.....	202	0,4	Mineralien u. Fabr.	5 379	29,9
Garn u. Seilerprod.	1 852	11,6	Öle, Fette, Wachs und Fabrikate.	1 215	7,3
Gewebe.....	5 898	8,7	Farben, Farbstoffe	6 381	83,9
Versch. Textilwaren	5 368	20,3	Chemikalien.....	4 664	42,4

Die ausländische Konkurrenz macht sich bei der finnländischen Industrie unangenehm bemerkbar. Die Zahl der angemeldeten Arbeitslosen überschritt die für finnländische Verhältnisse hohe Zahl von 1000. Der Lebenskostenindex (1913 = 100) schwankt in Größen über 1000; im Mai wurde die Zahl 1012,4 berechnet.

Infolge des Auseinanderstrebens der Größen von Ausfuhr und Einfuhr ist der Einfuhrüberschuß weiter gewachsen und beträgt nun für das erste Halbjahr 891,9 gegen 706,0 Mill. im vorjährigen entsprechenden Zeitraum. Demzufolge hat sich die finnländische Zahlungsbilanz dem Ausland gegenüber weiter verschlechtert. Das zeigt auch der Stand der Auslandsschuld der finnländischen Privatbanken, die immer mehr zunimmt (in Mill. F.M.):

31. 12. 20	31. 3. 21	30. 6. 21
— 739,4	— 673,1	— 976,9

Die Entwicklung des Kurses der finnländischen Mark war darum für Finnland sehr ungünstig. Mitte Juni ward der Tiefstand erreicht.

Kurse von Finlands Bank:

	3. 1.	1. 4.	1. 6.	15. 6.	30. 6.	15. 7.	27. 7.
Berlin....	46,25	64,—	79,—	90,50	84,—	80,50	82,—
Stockholm	667,—	925,—	1138,—	1400,—	1375,—	1265,—	1295,—
London....	118,—	156,—	192,50	235,50	232,75	217,50	228,50

Nach einer Meldung der „Svensk Handelstidning“ haben die Banken beschlossen, den wöchentlichen Valutaverkauf auf 20 Mill. F.M. zu beschränken.

Die Lage des Geldmarktes ist infolge der Geschäftslosigkeit sehr kritisch. Die bei der Aufnahme von Krediten in die Geschäftsentwicklung gesetzten Hoffnungen sind enttäuscht, und eine lange Reihe von Konkursen bringt die Gefahren der Lage zum Ausdruck. Von den größeren in Kon-

kurs geratenen Firmen seien u. a. genannt: Somersalo & Co., Gamlakarleby Rederi A. B., O. Y. Transcontinental Inc., Uudenkaupungin Valtamerilaiva, Gösta Lindeman, K. E. Lehtonen, O. Y. Fenno-Baltica, O. Y. Rihkama, Sikoniemi O. Y., A. B. Elektrod, Finska Fond A. B.

Der Staatsbankdiskont läßt noch immer mit 9 % alle anderen europäischen Sätze weit unter sich. Dem Staat ist es gelungen, seinen Kreditbedarf einzuschränken. Die inländische schwebende Schuld war am 31. 5. auf 459,9 Mill., am 30. 6. auf 422,3 Mill. zurückgegangen. Die Bestände von Finlands Bank an Staatsobligationen sind zurückgegangen, entsprechend auch der Notenumlauf (in Mill. F.M.):

	31. 5.	15. 6.	30. 6.	23. 7.
Staatsobligationen	859,7	811,7	775,7	754,3
Notenumlauf	1404,9	1392,1	1398,6	1330,5

Die monatlichen Börsenumsätze in Helsingfors gingen weiterhin zurück; sie betrugen im Mai 13,4 Mill., im Juni

9,5 Mill. Dagegen stieg der Börsenindex (Durchschnittskurs für alle Papiere in % vom Nominalwert) von 165 im Mai auf 175 im Juni.

Die Vorbereitungen für die Eröffnung des Handels mit Rußland schreiten fort; als erste Früchte der Verhandlungen werden der Verkauf von 8000 t Papier und eines großen Postens Äxte durch die betreffenden Industrieorganisationen gemeldet.

Der Zollkrieg mit Frankreich ist durch einen am 13. 7. 21 in Paris unterzeichneten Handelsvertrag beendet worden. Finnland erhält für die Einfuhr nach Frankreich die Meistbegünstigung, was für Holz, Holzmasse und Papier sehr wichtig ist, und verpflichtet sich demgegenüber, seine gesetzliche Einfuhr von Wein und alkoholhaltigen Getränken in Frankreich zu decken, und für eine Reihe von französischen Luxusartikeln die hohen Zölle zu ermäßigen.

Hans Gabain

China

Die Macht der „Über“-Tuchüns — Die Schwäche der Zentralregierung — Die kostspieligen Armeen — Die traurige Finanzlage, Entwertung der Münzen — Zusammenbruch der französischen Banque industrielle de Chine

Der Kampf um die Macht im chinesischen Reich war früher, in der vorrevolutionären Epoche, im wesentlichen ein Kampf der verschiedenen provinziellen Beamtengruppen um die Besetzung der maßgebenden Generalgouverneursposten in den Provinzen und des Staatsrats in Peking. Der Kampf um die Ämter ist in der Republik derselbe geblieben, nur daß heute nach der Auflösung der von Yüan Schi-kai geschaffenen Armee die einzelnen militärischen Machthaber die treibenden und handelnden Kräfte sind. Immerhin war im alten China im Thron eine von allen rivalisierenden Beamtengruppen unbedingt anerkannte Zentralinstanz vorhanden, der die selbständige Entscheidung oblag. Sie wurde im Laufe der Revolution abgelöst von Yüan Schi-kai, mit dessen Tod 1916 China seinen letzten Staatsmann von überragender Bedeutung und durchweg anerkannter Autorität verlor. Mit seinem Tod begann die Auflösung der zentralistischen Staatsgewalt, das Erstarken der Truppenführer in den Provinzen. Li Yüan-hung, Feng Huo chang und Hsü Schi-chang waren nicht mehr als ausführende Werkzeuge der japanfreundlichen Anfu-partei und ihres militärischen Führers Tuan Chi-jui, der erst im vergangenen Jahre von den Machthabern der Nachbarprovinzen aus seiner Stellung verdrängt wurde. Mit Tuans Ausscheiden ging der ausschlaggebende Einfluß auf einige Provinzherrn über, in erster Linie auf den Oberstkommmandierenden in Mukden, Chang Tso-lin, den ungekrönten König der Mandschurei und Mongolei, dessen starker Arm bis nach Peking reicht, obwohl der Tuchün in Tientsin, Tsao kun, gestützt auf Chihli, Schantung und Honan, ihm an Macht kaum nachsteht und den Weg nach Peking beherrscht. Als dritter im Bunde gesellte sich neuerdings der Herr in Hupei Wang Chan-yüan, der sich im Yangtse-tal eine starke, anscheinend auch anerkannte Stellung geschaffen hat. Im Mai trafen diese „super-Tuchüns“, wie die englischen Zeitungen sie nennen, in Tientsin zu einer Konferenz zusammen, um sich hier über die schwebenden politischen Fragen, vor allem wohl auch über die Machtverteilung in China, zu beraten. Neben ihnen spielen die Tuchüns der anderen Provinzen im großen und ganzen nur die unbedeutende Rolle lokaler Trabanten, und nur im Süden, in Canton-Kuantung, versucht Sun Yat-sen, nach seiner Ansicht der einzig rechtmäßige Präsident von China,

dem In- und Ausland gegenüber eine selbständigere Rolle, die ihm aber von seinen Widersachern in der Nachbarprovinz Kuanghsi schon wieder streitig gemacht wird.

Über die Geschicke Chinas entscheiden, solange ihr Bündnis und ihre Einigkeit anhält, zurzeit die genannten super-Tuchüns, neben denen der Ministerpräsident Chin Yün-peng mit seinen willfährigen Ministern und der Präsident selbst bei allen guten Absichten und ehrlichem Willen nur ausführende Organe, nicht die anerkannte Zentralinstanz, sind. Beschaffung der ungeheueren Mittel zum Unterhalt der überflüssigen Riesenheere der wirklichen Machthaber, ist die Hauptaufgabe des Kabinetts und der Peking Regierung, die über die Truppen selbst keinerlei Kommandogewalt besitzt. Kein Land unterhält solche Riesenheere wie China und trotzdem ist keine Regierung so schwach an positiven Machtmitteln wie China. Männer wie der sachverständige Verkehrsminister Ye Kung-cho und der langjährige Finanzminister Chou Tse-chi wurden aus dem Kabinett ausgeschifft, weil sie einer sachlichen Reichspolitik das Wort redeten und die geringen noch vorhandenen Mittel zum Ausbau der Eisenbahnen und anderer Aufgaben verwandt wissen wollten.

So verschlingen alle Mittel der Zentralregierung die super-Tuchüns und ihre Soldaten, obwohl die Mandschurei und Chihli bei vernünftiger Steuerwirtschaft unschwer die notwendigen Beträge für den Unterhalt der Truppen sollten aufbringen können. Aber weil alle Einnahmen in dieses Riesenfaß ohne Boden geschüttet werden, fehlt es überall an Geldern für notwendige Aufgaben und zur Bezahlung der Gehälter. Die Beamten, insbesondere die Lehrer warten seit Monaten auf ihre Bezahlung. Die Lehrer haben, unterstützt von Schülern und Studenten, zu Streiks und Demonstrationen greifen müssen, um auf die Regierung einen Druck auszuüben. In einzelnen Fällen haben die Lehrer die Schuleinrichtung verkaufen müssen, um nicht Hungers zu sterben, ohne daß der Unterrichtsminister Abhilfe schaffen konnte. So wird die ganze Erziehung der Jugend dem gefräßigen Mars geopfert und vorübergehend trug man sich schon mit dem Gedanken, auch den Richtern die Gehälter zu beschneiden, um weitere Ersparnisse für die Soldaten zu machen.

Die chinesischen Banken, die sich zu einem nationalen Konsortium zusammengeschlossen haben, sind an und für sich in der Lage und auch bereit, der Regierung Geld unter denselben Bedingungen wie das internationale Konsortium zur Verfügung zu stellen, aber sie stellen die berechtigte Forderung, daß ihnen eine Kontrolle über die von ihnen bereitgestellten Gelder eingeräumt wird, eine Forderung, die aber von der Regierung abgelehnt worden ist.

Zu diesen Sorgen der Geldbeschaffung tritt die Gefahr einer weiteren Entwertung der Kupfermünzen, durch die die ärmere Bevölkerung schwer getroffen wird. Hunderte von Tonnen guter chinesischer Kupfermünzen wurden während des Krieges allein aus Schantung nach Japan geschafft, um hier eingeschmolzen zu werden. Minderwertiges Kupfer strömt neuerdings aus Japan nach China zurück und die chinesischen Provinzialmünzen prägen in übler Gewinnsucht ungeheure Summen minderwertiger Kupfercents, von denen 145 auf den mexikanischen Dollar gehen, während der Wechselkurs der alten Kupfercents 115 auf den Dollar war. In der Mandschurei suchen die Japaner aus begreiflichen Gründen neuerdings ihre Landesmünze, den Gold-Yen, als Handelsmünze einzuführen. In dem japanischen Pachtgebiet (Dalny, Port Arthur) wurde der Yen durch Verordnung des Gouvernements als einzige und ausschließliche Handelsmünze für alle Handelsgeschäfte eingeführt. Diese Anordnung fand aber bei den chinesischen Händlern solchen Widerstand, daß die japanische Regierung eine Anzahl von ihnen aus dem japanischen Pachtgebiet verbannt hat.

*

Der rettungslose Zusammenbruch der französischen Banque industrielle de Chine verschärfte die an und für sich schon schwierigen Finanzverhältnisse in China noch mehr. Neben der Bank de L'Indochine, der französischen Konsortiumsbank, sollte die Industriebank französische Interessen im ganzen fernen Osten propagieren und dank ihrer außerordentlichen Regsamkeit war sie in der Tat ein äußerst wichtiges und viel vermögendes Glied der französischen Wirtschaftspropaganda. Sie war dazu umsomehr geeignet, als die chinesische Regierung 1913 bei der Gründung der Bank sich zur Übernahme von einem Drittel des 45 Mill. fr betragenden Aktienkapitals bereit erklärt hatte, also jahrelang der Hauptaktionär der Bank war, und sie bei der dem internationalen Bankenconsortium nicht angehörenden französischen Bank mancherlei Anleihen und Darlehen aufnahm, wenn das Bankenconsortium Schwierigkeiten machte oder übertriebene Forderungen stellte. Daß das chinesische Publikum der Bank darum besonderes Vertrauen entgegenbrachte und der Bank Depositen anvertraute, die viele Millionen erreichten, ist verständlich. Insgesamt sollen die Einlagen der chinesischen Kunden nach glaubwürdigen Schätzungen Hunderte von Millionen Franken betragen haben. Infolge einer überaus günstigen Geschäftskonjunktur konnte die Bank, die außer in China auch in Japan, Korea, Wladiwostok, vor allem auch im Süden, in Indochina und Singapore tätig war, zweimal eine bedeutende Kapitalerhöhung vornehmen, ihr Kapital 1919 auf 75 und noch 1920 durch Ausgabe von 150 000 Aktien zu je 500 fr auf 150 Mill. fr steigern.

Daß die Bank auf unsicheren Fundamenten stand, war in französischen Bankkreisen schon seit Ende 1920 bekannt, da die Bank in zahlreichen Spekulationsgeschäften, die hauptsächlich Seide und Reis betrafen, wegen des plötzlichen und außerordentlich starken Preissturzes ganz ungeheure Verluste erlitten hatte. Schon Ende 1920 und Anfang 21 wurde, um die

Bank zu retten, eine Hilfsaktion der französischen Großbanken in die Wege geleitet, bei der die Banque de Paris et des Pays-Bas die Führung übernahm, und bei der ein eigens gegründetes Konsortium der Bank gegen Verpfändung ihrer Aktiven Vorschüsse von 250 Mill. fr gewährte, ohne daß der erwartete Erfolg eintrat. Nur mit Einsatz beträchtlicher Staatsmittel wäre eine nachhaltige Sanierung denkbar gewesen, die vom Finanzministerium nach eingehender Prüfung aber abgelehnt wurde, weil der Finanzminister glaubte, ohne Ermächtigung der Kammer derartige Beträge nicht zur Verfügung stellen zu können. Alle Pläne, auch ein Vorschlag, mit Hilfe einer China zu gewährenden Anleihe von 300 Mill. fr, durch die der Geldbedarf der chinesischen Regierung befriedigt, französische Industrielieferungen an China finanziert und schließlich die Bank wieder flott gemacht werden sollte, die Bank zu retten, waren undurchführbar, und so endete schließlich am 29. 6. eine Besprechung des Finanzministers Doumer mit den Vertretern der Banken mit dem Beschluß, den Dingen ihren Lauf zu lassen. Damit war der Zusammenbruch der Bank unvermeidbar und ihre Direktoren erschienen vor dem Handelsgericht in Paris, um einen Zwangsvergleich herbeizuführen, der aber vorläufig noch nicht genehmigt wurde.

Größer als das Aufsehen in der Bankwelt war die öffentliche Erregung in der französischen Presse und im Parlament. Man fürchtete, und nicht mit Unrecht, einen gewaltigen Prestigeverlust im ganzen fernen Osten, der umso unangenehmer war, als dort wie überall in der Welt eine neue großzügige Kultur-, Schul- und Wirtschaftspropaganda der siegreichen Grande-Nation einsetzen sollte, zu der Painlevé, eben erst von einer offiziellen Reise nach China zurückgekehrt, die Wege geebnet zu haben glaubte. Und doppelt peinlich mußte diese Einbuße wirken durch die Tatsache, daß in demselben Augenblick, in dem die französische Bank ihre Pforten schloß, die Bank des verhaßten Nachbarn, die Deutsch-Asiatische Bank, auf Grund des deutsch-chinesischen Abkommens ihren Geschäftsbetrieb wieder in China eröffnen konnte. Die „Liberté“ beklagt den Zusammenbruch besonders im Hinblick auf die Tatsache, daß die Japaner, Deutschen, Briten und Amerika mit Wonne die Gelegenheit benutzen würden, das französische Geschäft an sich zu reißen und Painlevé, der seit seiner Rückkehr immer wieder auf die große Bedeutung des fernen Ostens für Frankreich hingewiesen hat, äußerte sich dem Vertreter einer Zeitung gegenüber dahingehend: „Auf die Frage, was zu tun ist, kann es nur eine Antwort geben, die unsere Entscheidung beeinflussen muß. Wenn die chinesischen Depositen nicht in ihrem vollen Betrag sichergestellt werden, dann wird Frankreich den fernen Osten aufgeben müssen. Ich glaube, daß alle Franzosen, die sich etwas mehr Gedanken um die Zukunft machen, die Bedeutung kennen, die andere Völker dem Problem des Stillen Ozeans, der Evolution Asiens und dem Eintritt Chinas in die moderne Welt beimessen. Wenn Frankreich von diesem großen Theater fern bleiben müßte, so wäre dies außerordentlich bedauerlich, nicht nur für die Menschheit, sondern vor allem für Frankreich selbst.“

Der Zusammenbruch der Bank, deren Gesamtverbindlichkeiten auf rund 500 Mill. fr geschätzt werden, erregte weiterhin allgemeines Aufsehen im Senat und in der Kammer, in der Briand selbst Rede und Antwort stehen mußte, durch gewisse Begleiterscheinungen persönlicher Art. Vorsitzender des Aufsichtsrats der verkrachten Bank ist der Senator André Berthelot, ein Bruder des bekannten Generalsekretärs Philippe Berthelot im Auswärtigen Amt, der schon im Januar die französischen Vertretungen in China telegraphisch anwies, in der Öffentlichkeit der gefähr-

deten Bank jede moralische Unterstützung zuteil werden zu lassen. Und ein Telegramm desselben Berthelot versuchte ohne Wissen des Ministers des Äußern bei der englischen Regierung und bei englischen Banken Unterstützung für die Bank zu gewinnen zu einer Zeit, in der die Beziehungen zwischen London und Paris wegen der Haltung Deutschland gegenüber äußerst gespannt waren. Andererseits sitzen Doumer, der Finanzminister, dessen untergeordnete Organe eine rechtzeitige Hilfeleistung verbummelt haben, sowie der Innenminister Marraud im Aufsichtsrat der Banque de l'Indochine, die Frankreich im Finanzkonsortium in China vertritt, also einer Bank, der die Banque industrielle frisch-fröhliche und erhebliche Konkurrenz gemacht hat. Alle diese Begleiterscheinungen, die noch nicht völlig geklärt sind, haben mit der Sorge um die Rückwirkung auf die französische Stellung im fernen Osten die Stimmung im Parlament zeitweise so hochgradig erregt, daß mit einem Sturz des Kabinetts hätte gerechnet werden müssen, wenn nicht die zunehmende Spannung mit England und das Verhältnis zu Deutschland das allgemeine Interesse von dieser seltsamen Angelegenheit abgelenkt hätte.

In Tientsin wird allgemein befürchtet, daß der Zusammenbruch der französischen Bank auch die Tätigkeit anderer französischer Banken höchst ungünstig beeinflussen wird, weil das öffentliche Vertrauen stark erschüttert sei. Dieser Auffassung geben auch die

Leiter der französischen Missionen in Telegrammen an den Erzbischof Dubois von Paris unverhohlenen Ausdruck. Viele Chinesen und auch Franzosen seien vom finanziellen Ruin bedroht, wenn nicht auf irgendeine Weise Hilfe komme, die die Auszahlung der Depositen ermögliche. In ostasiatischen Geschäftskreisen geht übrigens das Gerücht, daß französische Firmen weniger von den Verlusten berührt würden, weil sie rechtzeitig von ihren Pariser Agenten einen Wink bekommen hätten, ihre Depositen zurückzuziehen.

Der Zusammenbruch der französischen Bank hat zu einem starken Ansturm, und merkwürdigerweise nicht auf die andere französische Bank, sondern auf die beiden amerikanischen Banken geführt, die Asia Banking Corporation und die International Banking Corporation, die indes beide in der Lage waren, allen Anforderungen gerecht zu werden. Eine gewisse Entspannung trat in China dadurch ein, daß die Vereinigung chinesischer Banken sich bereit erklärte, alle in China in Umlauf befindlichen Noten der Bank, die auf etwa 2 Mill. mex. \$ oder 16 Mill. fr geschätzt werden, unter der Bedingung einzulösen, daß sie die Notenausgabebücher kontrollieren und die noch nicht ausgegebenen Notenvorräte unter ihrem Verschluß halten können.

Auf die weiteren Rückwirkungen des Bankkrachs auf Ostasien und die innerpolitischen Verhältnisse in Frankreich darf man gespannt sein.

Dr. F. W. Mohr

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Parität	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
	2. 8.	2. 8.	2. 8.	2. 8.	2. 8.
	M	M	M	fl	fr
Berlin..... 100 M	100,—	—	—	3,96	7,45
Wien..... 100 K neu	85,—	9,31	9,15	0,35	0,67½
Budapest... 100 K	85,—	20,75	20,20	—	1,50
Prag..... 100 K	85,—	102,50	102,60	—	7,60
Helsingfors. 100 FM	—	124,50	124,25	—	—
Amsterdam. 100 fl	168,75	2525,—	2515,—	—	187,25
Kopenhagen 100 Kr	112,50	1248,75	1250,—	49,60	92,50
Stockholm... 100 Kr	112,50	1682,50	1685,—	66,75	125,—
Kristiania... 100 Kr	112,50	1046,25	1044,—	41,60	77,25
Zürich..... 100 fr	81,—	1345,—	1353,—	54,02½	—
Madrid..... 100 Pesetas	81,—	1057,50	1050,—	41,87½	78,—
Rom..... 100 Lire	81,—	351,25	349,—	13,97½	25,90
Brüssel..... 100 fr	81,—	607,50	610,—	24,10	44,80
Paris..... 100 fr	81,—	627,50	623,—	24,92½	46,45
London..... 1 £	20,43	294,25	294,75	11,67½	21,73
New York... 1 \$	4,20	83,06	82,87½	3,27½	6,10½
Buenos Aires 100 Pesos	—	—	—	—	175,—

	Wien	Prag	Paris	London	New York
	2. 8.	2. 8.	2. 8.	2. 8.	1. 8.
	K	K	fr	*)	\$
Berlin..... 100 M	1194,—	—	16,—	294,—	1,23
Wien..... 100 K	—	—	—	—	—
Amsterdam. 100 fl	30150,—	—	401,—	11,65	—
Kopenhagen 100 Kr	14975,—	—	—	—	—

	Wien	Prag	Paris	London	New York
	2. 8.	2. 8.	2. 8.	2. 8.	1. 8.
	K	K	fr	*)	\$
Zürich..... 100 fr	16100,—	—	215,75	21,69	—
Paris..... 100 fr	7517,—	—	—	46,72½	7,62
London..... 1 £	—	—	46,87½	—	3,52 50 T.
New York... 1 \$	—	—	13,16	3,56½	—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländ. Einheiten für 1 £

Abweichungen von der Münzparität in:

	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	New York
	2. 8.	2. 8.	2. 8.	2. 8.	2. 8.
Reichsmark.....	—93,32	—93,96	—90,78	—93,18	—94,83
Dt. österr. Krone	—99,28	—99,36	—	—	—
Französ. Frank..	—48,09	—53,55	—31,11	—47,57	—60,52
Pfund Sterling..	—3,64	—13,80	+29,62	—3,80	—27,57
Dollar.....	+31,64	+17,76	+77,06	+31,63	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	23. 7.	30. 7.
Alexandrien.....	97½ d	97½ d
Bombay/Kalkutta...	1 s 3½ d—1 s 3½ d	1 s 3½ d—1 s 3½ d
Hongkong.....	2 s 8½ d—2 s 9½ d	2 s 9½ d—2 s 10 d
Schanghai.....	3 s 8 d—3 s 9½ d	3 s 9½ d—3 s 10 d
Singapore.....	2 s 3½ d—2 s 4½ d	2 s 3½ d—2 s 4½ d
Yokohama.....	2 s 8½ d—2 s 8½ d	2 s 8½ d—2 s 8½ d
Montevideo T.T.....	39 d—40 d	40½ d—41½ d
Rio de Janeiro.....	7½ d	7½ d
Buenos Aires T.T.....	43½ d—43½ d	43½ d—44½ d
Valparaiso 90 T.....	6½ d	6½ d

Neugründungen und Kapitalserhöhungen von A.-G. im Juni 1921

Namen, Ort	Betrag in 1000 M	Ausgabe in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 M	Ausgabe in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 M	Ausgabe in %
Hochseefischerei			Kapitalserhöhungen			Salz-, Kalibergbau, Salpeterwerk		
Kapitalserhöhungen			Hasper Eisen- u. Stahlw. A. G.	11000	100	Neugründungen		
Cuxhavener Hochseefischerei A. G., Hamburg	5000	170	Lothringer Hütten- und Bergwerksverein, Rauxil	53000	107	Mannsfelder Kaliwerke A. G., Eisleben	25000	100
Erzbergwerke, Hüttenbetriebe			Reußengrube A. G., Kretzschwitz	555	100	Kapitalserhöhungen		
Neugründungen			Rombacher Hüttenwerke A. G., Koblenz	20000	100	A. G. Georg Egestorffs Salzwke. u. chem. Fabrik, Hannover	3000	100
Adler, A. G. für Bergbau und Eisenindustrie, Erkelenz	500	100				A. G. Kaliwerke, Aschersleben	38500	1)

V = Vorzugsaktien. 1) 30 Mill. M. Lit. A zu 105 %, 7 Mill. M. V Lit. B zu 107 %, 1500000 M. zu 114 %.

Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %	Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %
Zement-, Kalk-, Gips-, Mörtelwerke usw.			Ver. Metallwarenfabrik A. G.,			A. G. Hahn für Optik und		
Kapitalserhöhungen			vorm. Haller & Co., Altona.	5050 ³⁾		Mechanik, Cassel.	3000	100
Hannoversche Portland-			Gebr. Ziegler A. G., Ruhla.	150	100	Gebr. Junghans A. G.,		
Cementfabrik, Misburg.	1200	110	Maschin.- u. Armaturenfabr., Eisengieß. usw.			Schramberg.	26000	7)
Portland-Cementfabrik			Neugründungen			W. Ludolph, Bremen.	2000	120
Höxter A. G.	848	100	A. G. moderner Antrieb-			Musikwerke, Musikinstrumente		
Schraplauer Kalkwerke,			maschinen, Speyer.	6000	100	Neugründungen		
Schraplau.	400	110	Bagger Industrie A. G., Mün-			„Rwalo“, Tonveredelungs-		
Victoria, Cement- und Kalk-			cheberg.	300	100	A. G., Berlin.	1000	100
werke A. G., Frankfurt.	4000	100	Feldag, Feldbahnen A. G.,			Elektrotechnische Fabriken		
Steingut-, Ofenfabriken, Töpfereien usw.			Charlottenburg.	100	100	Neugründungen		
Neugründungen			Fouquet & Franz A. G., Rothen-			Bayerische A. G. für Energie-		
Keramische Werke Oststein			burg.	3000	100	wirtschaft, Bamberg.	2000	100
und Worms A. G.	3000	100	Wilhelm Morell A. G., Leipzig	900	100	Ringsdorf-Werke A. G.	3000	100
Gebr. Pohl A. G., Schmiedebg.	5000	100	Progreßwke. Hoffmann & Wild			Veifa-Werke A. G., Frankfurt	4000	100
Porzellanfabriken			A. G., Bruck bei Erlangen	6500	100	Kapitalserhöhungen		
Kapitalserhöhungen			Steiger A. G., Burgrieden.	10000	100	Bergmann Elektrizitätswerke		
H. Schomburg & Söhne A. G.,			Turbo, Maschinenbau A. G.			A. G., Berlin.	20000	150
Großdubrau.	1000	100	Niederehe & Co., Ueberlingen	3000	100	Hartmann & Braun A. G.,		
Württembergische Porzellan-			Kapitalserhöhungen			Frankfurt.	2000	100
manufakt. A. G., Scherndorf	1000	100	Armaturen- u. Maschinenfabrik			Isolations-A. G., Mannheim.	1500	100
Glasfabriken, Spiegel			A. G. vrm. J. Hilpert, Nürnberg.	750	106	Nordd. Kabelwke. A. G., Berlin	5500	107
Neugründungen			Anlagen-Gasaccumulatoren-			Passauer Industr. A. G., Passau	2700	100
Hildesheim, Glashütten A. G.,			A. G., Berlin.	1000	100	Pfälzische Elektromotoren-		
Hildesheim.	1000	100	Bayerische Industriewerke.			werke A. G., Frankenthal.	1700	100
Kapitalserhöhungen			A. G., München.	2500	108	Pöge Elektrizitäts-A. G.,		
Bayerische Spiegel- u. Spiegel-			Berlin-Halberstädter Indu-			Chemnitz.	22000	100
glasfabrik A. G., vorm. W.			striewerke A. G., Berlin.	4500	100	Elektrizitätswerke		
Bechmann, Fürth.	5500	103	Cito-Werke A. G., Köln.	1500	100	Neugründungen		
Deutsche Glas- und Spiegel-			Düsseldorfer Maschinenbau-			Thüringische Elektrizitätsver-		
fabrik A. G., Fürth.	1200	125	A. G., vorm. J. Losenhausen,			sorgung A. G., Jena.	3000	100
Hannov. Glashütte, Hannover	240	100	Düsseldorf.	500	1100	Kapitalserhöhungen		
W. Hirsch, A. G. für Tafelglas-			Eisenwerk Wülfel, Hannover	1000	100	Bayerische Elektrizitäts-Liefe-		
fabrikation, Radeberg.	1200	200	H. Fuchs, Waggonfb., Heidelbg.	16000	3)	rungs-Ges. A. G., Bayreuth	8000	108
Rhein. Glashütten A. G., Köln	1800	100	C. G. Haubold A. G., Chemnitz	7000	100	Elektrizitätswerk Crottorf		
Metallverarbeitung			Kapler Maschinenfabrik A. G.,			A. G., Crottorf.	750	100
Neugründungen			Berlin.	2200	113	Mainkraftwerke A. G., Höchst	16000	100
Frankfurt, Sägen- u. Werkzeug-			Kaiser & Co., Maschinenfabrik			Thüringer Elektrizitätswerke		
fabriken, vorm. Erwin Jaeger			A. G., Cassel.	1500	100	A. G., Dornfeld.	300	100
A. G., Frankfurt.	1500	100	Eyth Lesser, Maschinenfabrik			Fabriken für Chemikalien usw.		
Herkules, Metallh. A. G., Köln	7500	100	A. G., Brandenburg.	3000	110	Neugründungen		
Herzogliche Eisen- u. Emallier-			Locomotivfabrik Krauß & Co.			Badische Essigwerke A. G.,		
werke A. G., Prinknau.	7200	100	A. G., München.	7500	112	vorm. Fr. Frank, Lahr.	1100	100
Metallindustrie Schiele &			H. Maihak A. G., Hamburg.	1000	5)	Klosterdestillerie Lorch A. G.,		
Bruchsal A. G., Hornberg	3000	100	Maschinenbau A. G. vrm. Star-			Lorch.	1250	100
Stahlwerk Ergste, Ergste.	2500	100	ke & Hoffmann, Hirschberg	2250	113	Kapitalserhöhungen		
Kapitalserhöhungen			National, Automobil-Gesellsch.			A. G. d. Chemisch. Produkten-		
A. G. d. Eis- u. Stahlwke. vorm.			A. G., Berlin.	15000	130	fabrik Pommersdorf, Stettin	10000	8)
Georg Fischer, Schaffhausen	10000	fr 100	Nienburger Eisengießerei und			Th. Goldschmidt A. G., Essen	19500	9)
A. G. vrm. Spinn & Sohn, Berlin	1230	118	Maschinenfabrik, Nienburg	1200	125	Max Hahn, chem. Fabrik A. G.		
H. Berthold, Messinglinienbr.			Sächsische Werkzeug-Maschi-			(früh. Landhaus A. G.), Berlin	995	100
u. Schriftgieß. A. G., Berlin	2000	160	nenfabrik Bernhard Esches			Hansawerk A. G., Bremen.	800	1100
Bingwerke, vorm. Gebr. Bing			A. G., Chemnitz.	2500	100	Rhenania, Ver. chem. Fabriken		
A. G., Nürnberg.	2500	1100	Sudenburger Maschinenfabrik			A. G., Aachen.	44000	100
Düsseldorfer Eisen- u. Draht-			u. Eisengießerei, Magdebg.			J. G. Riedel A. G., Berlin.	6000	207
industrie, Düsseldorf.	5200	100	Zweigniederlass. vorm. H. F.			Rizinol-Werke A. G., Aspe bei		
Façoneisen-Walzwerk L. Mann-			Meyer, Hannover-Hainholz	3000	100	Neumünster.	250	100
staedt & Co. A. G., Troisdorf	8000	100	Ver. Schmigel- u. Masch. fab.			Sacharin-Fabrik A. G. vorm.		
Flexilis-Werke A. G., Berlin.	1750	110	A. G. vorm. S. Oppenheim &			Fahlberg, List & Co., Magdeb.	1700	10)
Harburger Eisen- und Bronze-			Co. u. Schlesinger & Co.	1000	100	Theodor Teichgräber A. G.,		
werke A. G., Harburg.	3500	100	Wotan-Werke A. G., Leipzig	900	150	Berlin.	60000	120
Metallind. Schönebeck A. G.	1500	135	Schiffsbauanstalten			C. Weber A. G., Leipzig.	2000	100
W. Krefft A. G., Gevelsberg.	1000	100	Neugründungen			Farben- und Bleistiftfabriken		
Metallochemische Fabr. A. G.,			Braker Werft A. G., Brake.	2000	100	Neugründungen		
Danzig, früher A. G. für			Schiffswerft Unterelbe A. G.,			A. G. f. Anilinfabrik, Treptow	53000	112
Landwirtschaftl. Kulturen.	480	100	Wewelsfleth.	3000	100	Badische Anilin- u. Sodafabrik,		
Metallwaren-Fabrik A. G. Baer			Kapitalserhöhungen			Ludwigshafen.	178000	107
& Stein, Berlin.	1500	112	J. Frerichs & Co. A. G., Eis-			Bronzefarbenwerke A. G. vrm.		
Metallwarenind. A. G., Barmen	4000	100	warden.	4500	120	Carl Schenk, Barnsdorf bei		
Anton Reiche A. G., Dresden	2750	100	J. C. Tecklenborg, Geestem.	3000	9)	Nürnberg.	1000	1100
Rheinische Sensenfabrik Gust.			Fabriken f. Uhren, Feinmechanik, photo-			Farbenfabr. Bayer, Leverkusen	42000	107
Wuppermann & Co., Kom-			graphische Apparate, Optik usw.			Ver. Glanzstoff-Fabriken A. G.,		
manditges. a. A., Köln-Kalk	150	100	Kapitalserhöhungen			Elberfeld.	30000	100
Hugo Schneider A. G., Panns-			A. G. für Feinmechanik, vorm.					
dorf.	6000	2)	Jetter & Scheerer, Tuttlingen	6000	164			

²⁾ 5 Mill. Mk. zu 150 %, 1 Mill. Mk. V zu 105 %. ³⁾ 3750 000 Mk. zu 100 %, 50 000 Mk. zu 110 %, 1250 000 Mk. zu 130 %. ⁴⁾ 6 Mill. Mk. zu 110 %, 10 Mill. Mk. V zu 100 %. ⁵⁾ 500 000 Mk. zu 112 %, 500 000 Mk. zu 100 %. ⁶⁾ 3000 Genußscheine gratis. ⁷⁾ 16 Mill. Mk. zu 145 %, 10 Mill. Mk. V zu 105 %. ⁸⁾ 1 Mill. Mk. zu 150 % 9 Mill. Mk. zu 100 %. ⁹⁾ 9400 000 Mk. zu 100 %, 5 100 000 Mk. zu 180 %, 5 Mill. Mk. V zu 100 %. ¹⁰⁾ 15 Mill. Mk. zu 130 %, 2 Mill. Mk. zu 108 %.

Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %
Pulver-, Sprengstoff-, Zündwarenfabriken <i>Kapitalserhöhungen</i>		
A.-G. Sieg. Dynamitfabr., Köln	600	134
Dynamitfabrik A.-G. vorm. Alfred Nobel & Co., Hamburg	28000	144
Köln-Rottweil A.-G., Köln...	34000	150
Rhein.-Westfälische Spreng- stoff-A.-G., Köln	14000	140
Öl-, Seifen-, Wachs- und Leimfabriken <i>Kapitalserhöhungen</i>		
Schlickum-Werke A.-G., Hamb.	1000	100
Wollwäschereien, Kämmereien, Spinnereien <i>Kapitalserhöhungen</i>		
Bedburg. Wollind. A.-G., Bedbg.	2000	140
Deutsche Wollenwaren-Manu- faktur A.-G., Grüneberg...	2000	100

Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %
Sächs. Wollgarnfbr. A.-G. vorm. Tittel & Krüger, Leipzig...	5000	130
Wolldeckenfabrik Walderstadt A.-G., Walderstadt	1200	100
Baumwollspinnereien und -webereien <i>Kapitalserhöhungen</i>		
A.-G. J. H. Sweering & Co., Ibbenbüren	580	100
Bamberger Kalikofabrik A.-G., Bamberg	1500	100
Bernh. Müller A.-G., Gutach	226	100
Tuch- und Filzfabriken <i>Kapitalserhöhungen</i>		
Dittersdorfer Filz- u. Kratzen- tuchfabrik, Dittersdorf	4000	100

Namen, Ort	Betrag in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %
Zwirnereien, Nähfadefabriken <i>Kapitalserhöhungen</i>		
Nähfadefabrik vorm. Julius Schürer, Augsburg	250	200
Zwirnerei u. Nähfad. fbr. Herm. Dignowitz A.-G., Chemnitz	1500	100
Zwirnerei und Nähfadefabrik Göggingen, Augsburg	1500	110
Spitzen-, Tüll-, Gardinenfabriken <i>Kapitalserhöhungen</i>		
Gardinenfabrik Plauen, Plauen	1400	100
Jutespinnereien und Webereien <i>Kapitalserhöhungen</i>		
Jutespinnerei u. Weberei Ber- lin-Bautzen A.-G., Berlin	3180	143
(Fortsetzung folgt.)		Fab. Landau

Schiffahrt und Schiffbau

Deutschland

Hamburgs Schiffsverkehr im Juli. In diesem Monat sind an Handelsschiffen, die von See ankamen oder nach See abgingen, gezählt worden:

	Mit Ladung	Leer	od in Ballast	Zusammen	(Mai 1921)
	Zahl	R. T. net.	Zahl	R. T. net.	Zahl
					R. T. net.
abgekommen:					
Dampfer	524	749 195	88	94 227	612 843 422 (502 560 522)
Segler..	54	16 508	143	27 658	197 44 166 (110 27 922)
Zus..	578	765 703	231	121 885	809 887 588 (612 588 444)
abgegangen:					
Dampfer	513	543 959	96	226 677	609 770 636 (487 611 517)
Segler..	292	36 044	5	1 473	297 37 517 (223 39 329)
Zus..	805	580 003	101	228 150	906 808 153 (710 650 846)

Die einkommende Tonnage ist gegen den vorhergehenden Monat um rund 300 000 Netto R. T. gestiegen, ausgehend ist ein Mehr von 157 000 Netto R. T. festzustellen; das ist bisher die stärkste Monatssteigerung, die der hamburgische Seeverkehr in der Nachkriegszeit erfahren hat. Das Verhältnis der beladenen Räume zur in Ballast oder leer fahrenden ist einkommend ungefähr das gleiche geblieben, im ausgehenden Verkehr hat es sich weiter verschlechtert. Von der einkommenden Räume führten 458 Schiffe mit 168 723 R. T. die deutsche, 8 die danziger, 2 die memelsche, 7 die schwedische, 28 die norwegische, 30 die dänische, 132 die britische, 45 die niederländische, 3 die belgische, 19 die französische, 2 die spanische, 6 die italienische, 6 die portugiesische, 1 die griechische, 52 die amerikanische, 1 die brasilianische, 5 die japanische, 2 die finnische, 1 die tschecho-slowakische, 1 die uruguayische Flagge. Von den ausgehenden Schiffen führten 578 mit 160 644 R. T. die deutsche, 12 die danziger, 1 die memelsche, 9 die schwedische, 20 die norwegische, 28 die dänische, 122 die britische, 44 die niederländische, 3 die belgische, 18 die französische, 3 die spanische, 2 die italienische, 5 die portugiesische, 42 die amerikanische, 1 die brasilianische, 3 die japanische, 4 die finnische, 1 die bulgarische Flagge. Zahl und Tonnage der in den ersten 7 Monaten d. J. in Hamburg angekommenen Seeschiffe stellen sich wie folgt:

Januar	525 Schiffe	655 447 R. T. net.
Februar	543 "	672 778 "
März	566 "	657 352 "
April	609 "	653 297 "
Mai	582 "	643 921 "
Juni	612 "	588 444 "
Juli	809 "	887 588 "
Januar bis Ende Juli	4246 Schiffe	4 758 827 R. T. net.

Im letzten Vorkriegsjahr 1913 kamen im gleichen Zeitraum 8476 Schiffe mit 8 199 312 R. T. net. an. Der bisherige diesjährige Verkehr beträgt mithin etwa 58 % des Vorkriegsverkehrs. A. K.

England

Englische und amerikanische Schiffbaukosten. Die Nautical Gazette bringt in ihrer letzten Nummer einen interessanten Vergleich zwischen den gegenwärtigen Preisen von stählernem Schiffbaumaterial in England und Amerika. Es kosten zurzeit je t:

	In Schottland:	In Amerika:
Schiffsplatten	\$ 55,95 (= £ 15.—)	\$ 40,—
Winkelleisen	\$ 54,09 (= £ 14.10/—)	\$ 44,80
Kesselplatten	\$ 74,60 (= £ 20.—)	\$ 42,—

Bei Umrechnung der englischen in die amerikanische Währung ist der gegenwärtige Kurs zugrunde gelegt. Es ergibt sich aus der Gegenüberstellung, daß die Preise des stählernen Schiffbaumaterials in England, trotzdem sie kürzlich um 3--5 % je t ermäßigt worden sind, noch immer wesentlich höher stehen als die amerikanischen Preise. Von amerikanischer Seite wird behauptet, daß dieser Unterschied auch jetzt noch so beträchtlich sei, daß er den höheren Stand der amerikanischen Werftarbeiterlöhne ausgleichen könne. Als Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung wird auf die Tatsache hingewiesen, daß erst kürzlich die englische Eagle Oil Transport Company wichtige Baukontrakte auf Tankdampfer an amerikanische Werften gegeben habe. A. K.

Vereinigte Staaten

Schiffbau der Vereinigten Staaten im Fiskaljahr 1920/21.

Während des Ende Juni d. J. abgelaufenen letzten Fiskaljahres sind auf amerikanischen Werften 1429 Schiffe mit 2 210 221 Br. R. T. für amerikanische und 33 Schiffe mit 66 038 Br. R. T. für ausländische Besteller gebaut worden, so daß die Gesamtproduktion an Neubauten sich auf 1462 Schiffe mit 2 276 259 Br. R. T. stellt. Die Bautonnage der einzelnen Monate betrug:

	Seegehende Schiffe		Nicht-seegehende Schiffe		Zusammen	
	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.
1920						
Juli	40	196 639	133	20 600	173	217 239
August	52	232 628	126	26 582	178	259 210
September	50	240 301	85	21 661	135	261 962
Oktober	48	208 122	72	19 040	120	227 162
November	47	206 189	72	7 777	119	213 966
Dezember	31	165 754	56	11 149	87	176 903
1921						
Januar	38	207 117	56	9 163	94	216 280
Februar	19	110 369	76	11 035	95	121 404
März	27	145 756	59	9 108	86	154 864
April	18	113 672	81	7 090	99	120 762
Mai	19	119 549	97	13 073	116	132 622
Juni	31	155 291	129	18 594	160	173 885
Zus.	420	2 101 387	1042	174 872	1462	2 276 259

Von der für amerikanische Besteller gebauten Tonnage wurden 1 514 537 Br. R. T. an der Atlantischen und Golfküste, 583 830 an der Pazifikküste, 99 828 an den Großen Binnenseen und 12 026 auf Werften an den westlichen Flüssen fertiggestellt. Die Zahl der neugebauten Dampfer betrug 423 mit 1 986 881 Br. R. T., Motorschiffe wurden 621 mit 49 192, Segler 70 mit 83 249, sonstige Fahrzeuge 315 mit 90 899 Br. R. T. gebaut. A. K.

Der sich vermindernde Größenabstand zwischen englischer und amerikanischer Handelstonnage. Die jetzt veröffentlichten Ziffern des amerikanischen Board of Navigation über den Umfang der Handelsflotte der Vereinigten Staaten am Schlusse des letzten Fiskaljahres (30. 6. 21) geben der amerikanischen

Schiffahrtspresse Veranlassung darauf hinzuweisen, daß der Schiffsbestand der Vereinigten Staaten heute bereits dem Großbritannien praktisch gleichkommt. Die Vereinigten Staaten haben während des letzten Fiskaljahres einen Tonnagezuwachs von über 2 Mill. Br. R. T. gehabt, von dem 1 090 643 Br. R. T. in die Flotte des Shipping Board eingereiht wurden: Damit stellt sich der Gesamtbestand der Vereinigten Staaten an Handelsschiffen auf 28 500 Schiffe mit 18 350 000 Br. R. T. Es handelt sich bei dieser Angabe um vorläufige Ziffern, die später noch kleine Änderungen erfahren können. Den Ziffern der Fiskaljahre 1913/14 und 1919/20 reihen sich die neuen Angaben wie folgt an:

	Schiffe	Br. R. T.
1914	26 943	7 928 688
1920	28 183	16 324 024
1921	28 500	18 350 000

Seit Beginn des Krieges ist die amerikanische Handelstonnage demnach um 131 % gewachsen.

An seegehenden Schiffen über 500 Br. R. T. wurden gezählt 3723 mit 13 234 401 Br. R. T., davon waren für den Überseeverkehr registriert: 2272 Dampfer und 287 Segler mit zusammen 10 620 717 Br. R. T. Die Zahl der seegehenden Passagierdampfer beträgt 238 mit 1 271 079 Br. R. T. Dem Schiffahrtsamt gehört zurzeit noch immer weit mehr als die Hälfte aller seegehenden amerikanischen Schiffe. Es verfügt über 1798 Seeschiffe mit 7 993 771 Br. R. T. Der Schiffsraum auf den großen Seen umfaßt gegenwärtig 2850 Schiffe mit 2 625 000 Br. R. T.

Vergleicht man den amerikanischen Gesamtbestand an Handelsschiffen mit dem englischen, so zeigt sich, daß in der Tat der Abstand nur noch ein sehr geringer ist. Großbritannien besaß nach Lloyds Register am 30. 6. 21 an Handelsschiffen über 100 Br. R. T. 7685 mit 19 015 207 Br. R. T. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit ist allerdings nicht gegeben, da die amerikanischen Ziffern auch die Schiffe unter 100 Br. R. T. und die in den Häfen der Philippinen beheimateten Schiffe enthalten.

A. K.

Verantwortlich für: Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten: Hauptschriftleiter Dr. Paul Heile; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft: Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer; Anzeigenteil: Horst Weyhmann, Geschäftsführer des W.-D.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Druck von H. O. Persichl, Hamburg 8.



Disconto-Gesellschaft Berlin

Zahlreiche Zweigniederlassungen in Deutschland

Kapital und Reserven 650 000 000 Mark

Bankmäßige Geschäfte aller Art

Bilanz am 31. Dezember 1920*)

Aktiva.			Passiva.		
	M	kg		M	kg
Kasse, fremde Geldsorten, Coupons und Guthaben bei Noten und Abrechnungsbanken	1 098 831 613	64	Eingezahlte Kommandit-Anteile	310 000 000	—
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	6 229 595 220	85	Allgemeine (gesetzliche) Reserve	109 000 000	—
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen	1 177 142 550	94	Besondere Reserve	81 000 000	—
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	95 717 561	74	Gläubiger	12 015 647 575	50
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen	120 763 568	46	Akzepte	96 571 711	75
Eigene Wertpapiere	88 251 869	21	Für Rechnung des Reichs oder der Reichsbank übernommene Verpflichtungen ..	160 112 747	40
Konsortial-Beteiligungen	77 464 947	07	Wohlfahrtseinrichtungen	7 451 240	47
Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg	60 000 000	—	Noch nicht abgehobene Gewinnanteile der früheren Jahre	1 439 769	—
Beteiligung b. d. A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.	100 000 000	—	Rückstellung für Talonsteuer	3 630 040	—
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	60 396 718	70	16 % Gewinnanteil auf M 310 000 000 Kommandit-Anteile	49 600 000	—
Schuldner in laufender Rechnung	3 576 751 897	99	Gewinnbeteiligung des Aufsichtsrats ..	2 853 571	68
Forderungen an das Reich oder die Reichsbank aus für Rechnung derselben übernommenen Verpflichtungen	160 112 747	40	Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber, Direktoren, stellvertretend. Direktoren, Prokuristen und Angestellten	20 543 331	15
Wertpapierbestände der Pensionskasse und der Stiftungen	4 352 254	79	Rückstellung für Ruhestandsversorgung der Beamten	10 000 000	—
Einrichtung	1	—	Überweisung an Bau-Reserve	20 000 000	—
Bankgebäude	36 844 816	45	Übertrag auf neue Rechnung	6 516 506	91
Sonstige Liegenschaften	8 140 725	62			
	12 894 366 493	86		12 894 366 493	86

*) Die Bilanz enthält nicht den Vermögensstand unserer Londoner und Metzger Niederlassungen

Gewinn- und Verlust-Rechnung 1920**)

Soll.			Haben.		
	M	kg		M	kg
Verwaltungskosten	198 593 792	27	Vortrag aus 1919	6 405 828	54
Steuern	45 603 396	02	Coupons	12 053 491	36
Zu verteilender Reingewinn	160 133 409	74	Effekten	37 065 042	68
			Provision	121 539 070	12
			Wechsel und Zinsen	203 854 634	01
			Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg	8 400 000	—
			Beteiligung b. d. A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.	12 000 000	—
			Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	3 012 531	32
	404 330 598	03		404 330 598	03

**) Die Gewinn- und Verlust-Rechnung enthält nicht das Ertragnis unserer Londoner und Metzger Niederlassungen